



8-Punkte-Programm zur Wahlperiode 2024 - 2029

Wirtschaftspolitische Empfehlungen
für einen starken Freistaat

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Sachsen

www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Acht wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen	5
1 Fachkräftebasis stärken.....	5
2 Industrieland Sachsen sichern.....	7
3 Lebenswerte Umwelt erhalten.....	8
4 (Digitale) Infrastruktur befördern.....	9
5 Internationale Zusammenarbeit verstetigen.....	11
6 Energiepolitik reformieren.....	13
7 Innovationen für den Mittelstand fördern und vermarkten.....	14
8 Bildung an der Zukunft ausrichten.....	15
Zusammenfassung	16

Vorwort

Sachsen ist ein Hochtechnologieland mit langer Tradition. Die Voraussetzungen für Unternehmer und Investoren sind insgesamt gut: Die Lage im Zentrum Europas, Universitäten und Hochschulen mit einem naturwissenschaftlichen, technologischen Schwerpunkt, viele wissenschaftliche Anknüpfungspunkte, auch grenzüberschreitend. Auch in den Bereichen Technologieentwicklung und Datenverarbeitung gibt es viele Netzwerke und Partner.

Hinzu kommt: Der Sachse im Allgemeinen ist „helle“, vernunftbegabt sowie der realen Wirtschafts- und Arbeitswelt zugewandt. Oft war und ist er seiner Zeit, sich anbahnenden Entwicklungen oder hinsichtlich der frühzeitigen Erkenntnis von Problemlagen, ein wenig voraus. Er weiß auch, wohin man sich ausrichten muss, um künftig (am Markt) zu bestehen. Nicht umsonst kamen und kommen sehr viele Erfindungen und Innovationen aus Sachsen. Herzlichkeit, Gemütlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit sind hier wichtige identitätsstiftende Werte. Der Stolz auf das Erreichte, wie die Neugier auf Neues haben hier gleichermaßen eine Heimat.

Unternehmer, Mittelständler, Handwerker und Gewerbetreibende genießen in Sachsen Respekt und Anerkennung. Es herrscht ein Grundverständnis vor, dass der Staat den Menschen dienen und Verwaltung Unternehmertum befördern und ermöglichen muss. Wenig Verständnis hingegen wird Medien und Bildungseinrichtungen entgegengebracht, die Selbständige, persönlich haftende Unternehmer als neoliberale Gewinnmaximierer, Umweltzerstörer und soziale Ausbeuter in Misskredit bringen. Unser Ziel, als Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, bleibt es auch weiterhin, Unternehmerpersönlichkeiten in ihrer Individualität und Vielfältigkeit als treibende Kraft für Fortschritt, Jobmotor, Steuerzahler und sozial engagierte sowie ehrenamtlich tätige Personen wahrnehmbar zu machen. Unternehmer sind nicht das Problem, sondern ein ganz wesentlicher Teil der Lösung für viele gesellschaftliche Herausforderungen! Es muss wieder stärker anerkannt werden, dass Unternehmer als Arbeitgeber, Steuerzahler und Bürger dieses Landes große Verantwortung für andere Menschen wahrnehmen und sich Tag für Tag einem hohen persönlichen Risiko aussetzen. Als selbständig Tätige sind sie eine wichtige Stütze unseres Gemeinwesens und Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unternehmerische Leistungen, Fleiß und Einsatzbereitschaft als wertvoll zu erkennen und entsprechend zu würdigen, ist eine gemeinsame Aufgabe.

Nur in einem derart wirtschafts- und innovationsfreundlichen Klima werden junge Menschen den Weg in die Selbständigkeit wählen und kann ein neuer Gründergeist entfacht werden. Dabei ist die Orientierung an unternehmerischen Vorbildern von großer Bedeutung. Daher wollen wir eine Kampagne „Unternehmervorbilder Sachsen“ starten. Flankierend dazu soll es profilierten Unternehmern leichter als bislang möglich werden, in (Hoch-)Schulen praxisorientierten Unterricht zu gestalten. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, vorhandene personelle Kapazitäten und wissenschaftlichen Ressourcen sowie finanzielle, wirtschaftliche und technologische Potenziale besser für den Freistaat Sachsen nutzbar zu machen.

Dieses Papier dient dem Zweck, der nach der Landtagswahl am 01.09.2024 verantwortlichen Sächsischen Staatsregierung die Prioritäten und Erwartungen der vom Wirtschaftsrat in Sachsen vertretenen Unternehmen deutlich darzulegen. Dabei wird bewusst auf eine zu starke Detailtiefe verzichtet. Vielmehr geht es um die Skizzierung einer klaren Richtung – das zielorientierte, strategische Navigieren im komplexen System wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Damit möchte der Wirtschaftsrat Sachsen einen Beitrag leisten, dass der Freistaat sein „Triple-A-Rating“ – bestehend aus Anstand, Aufrechtem Gang und Aufstiegsversprechen – auch

in Zukunft erhalten und für die kommenden Generationen als erstrebenswert gestalten kann. Bleibt der Freistaat attraktiv für junge, kluge, zukunfts- und chancenorientierte, fleißige und zugleich leistungswillige Köpfe, wird auch Investitionskapital verstärkt nach Sachsen fließen und bisher noch Unmögliches, wie auf sächsischem Boden entstehende größere Unternehmenseinheiten mit Unternehmenssitzen vor Ort, erreichbar.

Insgesamt gilt es, eine Strategie zu entwickeln, in welcher die Untersysteme für eine wachsende leistungsbereite Bevölkerung, d.h. die Märkte für Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Kultur und (digitale) Infrastruktur auf „Attraktivität“ und Wettbewerbsfähigkeit, auszurichten sind. Kurzum: Die Stellschrauben müssen wieder in Richtung Freiheit, Innovation und Unternehmergeist gedreht werden, damit das Versprechen „Wohlstand für alle“ eingelöst werden kann.

Acht wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen

1 Fachkräftebasis stärken

Die vielzitierte demographische Entwicklung in Deutschland und damit der zu erwartende Mangel an Fachkräften wird auch für Unternehmer und die Wirtschaft in Sachsen eine der großen Herausforderungen der nächsten Dekade werden. Laut offiziellen Zahlen werden der sächsischen Wirtschaft bis 2030 rund 150.000 Fach- und Arbeitskräfte fehlen. Viele unserer Mitglieder spüren zunehmend den Druck, gerade wenn es um die personelle Aufstellung ihrer Unternehmen geht.

Zuvorderst gilt es, das inländische Fachkräftepotenzial vollumfänglich auszuschöpfen. Dazu gehört es, ein Anreizsystem zu etablieren, welches das Erbringen von Leistung honoriert und das „Nicht-Arbeiten-Wollen“ stärker sanktioniert. Ein unkonditioniertes, stetig steigendes Bürgergeld geht, unserer Ansicht nach, in die falsche Richtung. Mit einer verpflichtenden Arbeitsaufnahme von Leistungsbeziehern, insofern diese dazu gesundheitlich in der Lage sind, könnte dem Arbeitskräftemangel zumindest teilweise entgegengewirkt werden. Ehemals Straffällige sollten – je nach Schwere des Vergehens und Einschätzung des künftigen Arbeitgebers – ebenfalls als Chance für den Arbeitsmarkt gesehen werden. Hier liegen auch integrative Möglichkeiten, präventiv weitere Straftaten zu vermeiden.

Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ist einer von mehreren Ansätzen zur Arbeitskräftesicherung. Dieser sollte ergänzend zur Hebung inländischer Ressourcen sowie von Potenzialen der bereits in Sachsen lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verfolgt werden. Hierbei ist es wichtig, dass die Anerkennung vergleichbarer ausländischer Berufsabschlüsse deutlich schneller erfolgt. Einer Abkehr vom Prinzip der Leistungsorientierung auch bei zugewanderten Fachkräften muss aktiv entgegengewirkt werden. Ein weiterer Ansatz, den Folgen der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, ist die schulische Aus-, Fort- und Weiterbildung zu stärken und insbesondere auf MINT- auszurichten.

Darüber hinaus sollten aus unserer Sicht Unterstützungsmöglichkeiten für die Arbeitsaufnahme in ländlichen Gebieten Sachsens ausgebaut werden, um ein Ausbluten strukturschwacher Regionen zu verhindern. Dem Wohnungsmangel in städtischen Ballungszentren steht ein Wohnungsleerstand im ländlichen Raum entgegen. Es sollten gezielte staatliche Anreize geschaffen werden, um die bestehenden Potenziale der Mittelzentren besser zu nutzen.

Fünf Positionen:

- 1 Arbeit und Leistung müssen sich wieder stärker lohnen (Fehlansätze, wie beim Bürgergeld korrigieren, kein Geld vom Steuerzahler ohne Gegenleistung durch Arbeitsfähige, mehr Netto vom Brutto)
- 2 Anreize für den Verbleib Älterer in der Arbeitswelt schaffen (Eintritt ins Rentenalter, Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer durch flexiblere Arbeitszeiten verbessern)
- 3 Arbeitsvolumen erhöhen durch Ausnutzung bestehender Potenziale, Verhinderung der Abwanderung von Fachkräften sowie effektive Fach- und Arbeitskräftezuwanderung sicherstellen
- 4 Erwerbsanreize für Familien, Frauen und ältere Arbeitnehmer setzen
- 5 Der Konkurrenz von Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst entgegenwirken



Mit Sorge sieht der Wirtschaftsrat die Konkurrenz zwischen der Privatwirtschaft, vor allem Handel, Handwerk und Gewerbe und einer sich beständig aufblähenden Verwaltung. Insbesondere vor dem Hintergrund ineffizienter Bürokratie, Verhinderungshandelns und überbordender staatlicher Regulierung sehen Freiberufler und Selbständige den beständigen Zulauf ins Angestellten- oder gar Beamtenverhältnis außerordentlich kritisch.

Chancen werden hier in einer konsequenten Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sowie in der Nutzung von KI gesehen. Darüber hinaus muss eine umfassende Aufgabenprüfung und -kontrolle erfolgen, um die administrativen Prozesse auf das zwingend erforderliche Mindestmaß zu begrenzen. Verwaltung muss sich streng am Ziel einer Ermöglichungsgenehmigung ausrichten und bestehende Ermessensräume zweckorientiert ausnutzen.

2 Industrieland Sachsen sichern

Sachsen ist historisch geprägt durch Industrie und Ingenieurskunst, durch mittelständische Unternehmen und Manufakturen, durch eine solide Bildung, durch Erfinderreichtum, Anpassungsfähigkeit und Kultur. Entsprechend gilt, sich dieser Tradition bewusst zu sein, dort anzusetzen, wo die Kernkompetenzen liegen und diese für die Zukunft zu nutzen. Entscheidend dabei ist, dass Innovationen zu marktfähigen Produkten „Made in Saxony“ werden. Diesbezügliche, meist technologieorientierte Investitionen, müssen durch eine übersichtliche, praktikable und zielgenaue Förderpolitik flankiert werden. Ein reibungsloser, praxisnaher Forschungstransfer zwischen Hochschulen und den mehrheitlich mittelständischen Unternehmen ist hierbei der Schlüssel. Durch die Etablierung zentraler Koordinationsstellen können Informationsdefizite der Transferpartner beseitigt werden. Gleichzeitig sind die Gründungskultur zu befördern und die Möglichkeiten für Neugründungen sowie Erweiterungsinvestitionen zu erleichtern.

Wohlstand entsteht nicht durch verlängerte Werkbänke, sondern vor allem durch technologieintensive Unternehmen. Für die Unterstützung des notwendigen Wachstumsprozesses sind Innovationen ganz entscheidend. Dafür wurde seitens des Freistaates die vom Wirtschaftsrat geforderte Innovationsplattform „futureSAX“ für Gründer, Unternehmer, Wissenschaftler und Investoren bereits umgesetzt. Diese gilt es weiter auszubauen und auf das Ziel der Marktfähigkeit entstehender Kooperationen sowie auf innovative Produkte hin zu fokussieren.

Die Kleinteiligkeit der sächsischen Wirtschaft hat zur Folge, dass sich viele Unternehmen keine eigenen Forschungsabteilungen leisten können. Entsprechend kommt es auf eine am Mittelstand ausgerichtete Vernetzung der Unternehmen untereinander, aber auch mit Forschungseinrichtungen zum Erreichen von Größenklassenvorteilen (Economies of Scale) an. Insbesondere die industrienahen Forschungseinrichtungen (IFE) sind hier die ersten Ansprechpartner für sächsische KMU.

Der mittels Energiewende und Digitalisierung eingeleitete strukturelle Umbruch muss chancenorientiert betrachtet werden. Wir freuen uns, dass das Deutsche Zentrum für Astrophysik (DZA) sowie das Center for the Transformation of Chemistry (CTC) ihre Forschungen in Sachsen erweitern. Dennoch möchten wir die Gründung eines „Sächsischen Energieinstituts“ anregen, welches sich der Technologieoffenheit verpflichtet fühlt und an den Energiequellen der Zukunft (Elektrolyse, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Gase, Salze, neueste Kernspaltung, Kernfusion, Erneuerbare Energien, Speicher etc.) forscht.

Sachsen, ja ganz Deutschland, darf keinesfalls seine Industriebasis verlieren, ist diese doch Garant für den Wohlstand im Land – weiter steigende Energiekosten und technologische Eingrenzungen schmälern diesen und sind entschieden abzulehnen.

Fünf Positionen:

- 1 Industrielle, technische Kernkompetenzen Sachsens wahren und weiterentwickeln
- 2 Innovationstransfer zwischen Unternehmen und Hochschulen durch die Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle und dezentraler Präsenzstellen von Hochschulen im ländlichen Raum befördern (futureSAX mit Fokus „Marktfähigkeit“ ausbauen)
- 3 Anstieg von Energiekosten auf Bundesebene verhindern (keine weitere Erhöhung staatlicher Preistreiber auf Kraftstoffe, EEG grundlegend novellieren)
- 4 Strukturwandel (Braunkohle, Digitalisierung) chancenorientiert in Bezug auf neue Geschäftsmodelle ausrichten, ggf. „Sonderwirtschaftszone“ insbesondere zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in der Lausitz etablieren, Infrastrukturausbau)
- 5 Erhaltung der Zulieferindustrie durch Neujustierung der „Mobilitätswende“ zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieses für Sachsen wichtigen industriellen Wirtschaftssegments

3 Lebenswerte Umwelt erhalten

Menschen leben mit und in ihrer Umwelt, die u. a. auch durch wirtschaftliche Aspekte geprägt wird. Dies scheint überall so zu sein – auch im Freistaat Sachsen. Diese Umwelt ist aber nicht lediglich unter klimatischen Gesichtspunkten von Interesse, sondern Infrastruktur, die Anbindungen an ein kulturelles, gesellschaftliches Miteinander sowie Kostenaspekte prägen den Menschen in seiner Welt und damit seine Umwelt bis in die lokalen Gliederungsebenen. Wir alle möchten saubere Luft atmen, sauberes Wasser und Lebensmittel, die dem Organismus nicht schaden, sondern eher wertvolle Energiespender sind. Wir im Wirtschaftsrat möchten entsprechend darauf hinwirken, dass regionale Wertschöpfungsketten gestärkt und dass zuerst der Unternehmer bzw. Land- und Forstwirt in das regionale Geschäft eingebunden wird. Entsprechend möchten wir uns für einen „Regionalfilter“ bei großen Online-Handelsplattformen starkmachen.

Unser Anliegen ist es, die Lebenswelt in Sachsen, auch im ländlichen Raum, attraktiver auszugestalten. Dazu gehört insbesondere, Wohnraum neu zu denken, diesen energetisch so aufzusetzen, dass ressourcenschonend und zugleich energieeffizient im Sinne von „Smart Living“ gebaut wird. Um dies aber realisieren zu können, müssen wettbewerbsfähige Preise und Planungssicherheit vorherrschen. Der Strompreis ist von rein staatlich getriebenen Lasten zu befreien, neue Konzepte der Energieerzeugung und Angebotsausweitung müssen angedacht werden. Es müssen wieder familienfreundliche Zustände herbeigeführt werden, indem z.B. zinsfreie Darlehen für Eltern nach der Geburt ihrer Kinder eingeführt werden. Damit kann der Erwerb von Wohneigentum befördert werden.

Schon allein demografisch bedingt werden vor allem den Sozialsystemen sowie dem Arbeitsmarkt enorme Lasten auferlegt. Flankiert durch einen aktuellen Rückgang der Wirtschaftsleistung sowie durch zunehmende Bürokratie, sieht sich vor allem die jüngere Generation mit schweren, kaum überwindbaren Bürden konfrontiert. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind allein durch die Aufnahme neuer Schulden und Staatsdirigismus nicht zu erreichen. Ein ökonomischer Grundsatz lautet: Es kann erst verteilt werden, wenn etwas erwirtschaftet worden ist – das ist der Verteilungsmodus „Redistribution“, der sich bewährt hat. Dem Staat kommt in unserer Wirtschaftsordnung die Aufgabe zu, Rahmen zu setzen und für Ausgleich zu sorgen.

Aktuell ist leider das Gegenteil der Fall – ein nahezu omnipräsenter Staat greift in übermäßiger Weise ordnungsrechtlich in das Marktgeschehen ein; in beinahe jeder Transaktion hat er mittlerweile „seine Hände im Spiel“ und profitiert über die Steuergesetzgebung nicht selten davon. Dieser Zustand bedarf einer deutlichen Korrektur in Richtung unternehmerischer Freiheit. Zudem wächst die Attraktivität des Freistaates Sachsen für qualifizierte Menschen, bei ausreichendem Angebot und Preissignalen für Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur, Gesundheit und (digitaler) Infrastruktur, auch mit der Dienstleistungsorientierung der staatlichen Verwaltung.

Fünf Positionen:

- 1 „Erst erwirtschaften, dann verteilen“ – Kein Vorrang für „Klimaziele“, aber für wichtige Infrastrukturprojekte mit stark verkürzten Genehmigungsverfahren – generell mehr Freiheit!
- 2 Energiepolitik überdenken, Angebot an Energie ausweiten, damit die Preise fallen
- 3 Priorisierung von Infrastrukturprojekten zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Sachsen aufgrund veränderter geopolitischer Rahmenbedingungen
- 4 Unterstützungsangebote für die Gastronomie und lokale Vereine (Sportvereine, Schützenvereine, Heimatvereine etc.) als Einrichtungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts schaffen
- 5 Steuerlast für Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Unternehmenssteuern: 25%) reduzieren

4 (Digitale) Infrastruktur befördern

Infrastruktur ist kein Selbstzweck – sie dient dazu, Dienstleistungen zu ermöglichen und Prozesse effizienter oder überhaupt erst möglich zu machen. Daher sollte sie am Start der Entwicklung und nicht an deren Ende stehen. (Verkehrs-)Infrastruktur muss als Angebot entwickelt werden, das eine Nutzung überhaupt erst provoziert und nicht als Nachläufer. Daher brauchen wir hier eine Mentalität, welche die Infrastruktur voraus- und nicht hinterherdenkt. Einen generellen ideologischen Vorrang von Radwegen anstatt von Straßen in Großstädten lehnen wir entschieden ab.

Der Infrastrukturparameter geht in nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Handelns wie Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Kultur, Tourismus ein. Mittlerweile werden alle Prozesse zunehmend digital. Dennoch bedarf es auch weiterer physischer Verkehrswege (Straße, Schiene, Wasser, Luft), denn Material, Nahrung, Vorprodukte müssen ja auch physisch transportiert werden, wohingegen sich bei der Verarbeitung von Informationen Distanzen quasi auflösen.

Die sächsische Verwaltung und Wirtschaft werden zunehmend digital. Sprachsteuerungen halten Einzug ins Smartphone, in die Unterhaltungselektronik und in Autos – die Künstliche Intelligenz (KI) lernt selbst und wird immer präziser. Hier darf Sachsen den Zug nicht verpassen – der Freistaat und Deutschland insgesamt sollten sich unabhängig von U.S.A-dominierten Plattformen und Betriebssystemen machen.

Um also die „Lebensadern“ der Gesellschaft bereit zu stellen, durch welche diese mit Material und Informationen versorgt werden können, sind unbedingt infrastrukturelle Projekte zu priorisieren. Diese infrastrukturellen Voraussetzungen sind auch immer ein Kriterium bei Investitionsentscheidungen. Ganz gleich, ob der zügige Ausbau von Autobahnen im Freistaat, die Erneuerung von Brücken und öffentlichen Schulen oder aber die Versorgung mit schnellem Breitband – das sind Faktoren, die Unternehmen, aber auch Arbeitskräfte benötigen, um im Freistaat einen dauerhaften Standort zu behalten.

Für Sachsens Schulen benötigen wir entsprechende Lehrkräfte, die der Digitalisierung gewachsen sind, wir benötigen aber auch die Fortführung des „Digitalpakts Schule“ ab dem Jahr 2025, damit defektes Equipment erneuert und neue zeitgemäße digitale Infrastrukturen in den Schulen geschaffen bzw. aufrechterhalten werden können.

Mit voranschreitender Digitalisierung sind aber auch Ängste – zuvorderst die um den eigenen Arbeitsplatz bei standardisierbarer Arbeit – verbunden. Der Wirtschaftsrat möchte darauf hinwirken, zuerst die Chancen und weniger die Risiken einer Digitalgesellschaft zu sehen. Mikroelektronik und Sensorik haben in Sachsen eine industrielle Heimat – additive Verfahren, wie z.B. der 3-D-Druck, werden hierzulande bereits angewandt und weiterentwickelt.

Vor allem soll der branchenübergreifenden Hebelwirkung von IT-Anwendungen und Dienstleistungen auf die Produktivität und Innovationsfähigkeit Rechnung getragen werden. Das Potenzial der Digitalisierung bei der

Fünf Positionen:

- 1 Beförderung der physischen und digitalen Infrastruktur als „Lebensadern“ der Gesellschaft
- 2 Ausbau aller Verkehrswege Sachsens und nicht deren Verhinderung
- 3 Fortführung des Digitalpakts Schule ab 2025
- 4 Vertrauen in Cloud Computing durch gezielte Aufklärung stärken
- 5 Positiven Einfluss der IT auf die Produktivität darstellen und vermitteln

Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft, beispielsweise bei der sog. Energiewende oder in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft, gilt es zu erkennen und unternehmerisch zu nutzen. Besondere Herausforderungen der IT-Unternehmen in Sachsen liegen beim Fachkräftemangel und dem sinkenden Interesse der nachwachsenden Generationen an der Mitgestaltung von IT-Lösungen sowie am Erlernen der dafür notwendigen Fähigkeiten.

5 Internationale Zusammenarbeit verstetigen

In einer durch Globalisierung und internationalen Handel geprägten Welt kommt es auf gute internationale Partnerbeziehungen an. Man muss im Gespräch bleiben und Kenntnisse zur Geschichte und Lebensart der Partnerstaaten haben. Dafür brauchen wir auch in Sachsen Auslandsexperten, die – in erster Linie über die Wirtschaftsförderung Sachsen – die Staatsregierung mit Fakten über die politische sowie wirtschaftliche Lage vor Ort versorgen. Handelsbeschränkungen und Sanktionen sind kein Weg, um dauerhafte Kostenvorteile durch internationale Handelsbeziehungen zu generieren.

Um Investoren auch außerhalb der Mikroelektronik nach Sachsen zu holen, bedarf es einer klugen und guten Vermarktung der sächsischen Stärken und Traditionen; ggf. ist ein speziell dafür geeignetes „Begegnungszentrum“ inkl. eines virtuellen „Showrooms Saxony“ zu errichten, indem die internationalen Kontakte gepflegt und ausgebaut werden. Der Wirtschaftsrat wird über gezielte Veranstaltungen mit internationalem Flair zur Beförderung der Internationalität des Freistaates beitragen.

Der globale Wirtschaftsaustausch ist aktuell in eine neue Phase getreten. Große Restrukturierungen des internationalen Gefüges sind im Gange. Die Aufgabe für die sächsischen Unternehmen besteht damit in einer optimalen Positionierung auf dieser changierenden Weltbühne. Hierzu wird der Wirtschaftsrat als Berater und Lieferant von Ideen zur Verfügung stehen. Der Wirtschaftsrat in Sachsen setzt insbesondere auf die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu seinen Nachbarstaaten Polen und Tschechien und wird hierzu entsprechende Gremien etablieren.

Zur Absicherung des Arbeitskräftebedarfs muss die Politik auf eine Identifizierung geeigneter Kräfte in dafür prädestinierten Herkunftsländern hinwirken, die dann eventuell in Sachsen weiter ausgebildet und dem Arbeitsmarkt zugeführt werden können. Sächsische Dependancen in solchen Ländern wären für die Aspiranten optimale Anlaufpunkte (wie sie andere Bundesländer, z.B. Bayern, bereits haben). Dabei muss eine „Willkommenskultur“, die auf der Akzeptanz unserer gelebten Werte und Wirklichkeit basiert, nicht nur in Sonntagsreden gepredigt, sondern im Alltag verwirklicht werden. So gewinnen wir geeignete Fachkräfte, die sich hier in Sachsen auch einbringen wollen und auf diese Weise können divergierende Meinungen in der sächsischen Politik und Gesellschaft wieder zusammengeführt werden.

Sachsen ist ein technologisch weit entwickelter und durch eine hohe Ingenieursdichte geprägter Freistaat. Entsprechend ist die Impulssetzung durch technologieoffene neue Ideen, vor allem in Energiefragen, hier ein Ansatzpunkt, um bundesweite, europäische und letztlich globale technische Akzente zu setzen. Eine breitere internationale Präsenz Sachsens könnte durch Verbesserung der Kenntnisse hiesiger Unternehmen in den Feldern Auslandsgeschäft, Einfuhr- und Ausfuhrbedingungen (Regulierung), internationale Besteuerung und Präsentation sächsischer Technik im benachbarten Ausland geschehen.

Fünf Positionen:

- 1 Zielführende Wirtschaftsförderung zur Weiterentwicklung internationaler Beziehungen (insbesondere zu Polen und Tschechien), Verbesserung der Kenntnisse von KMU im Auslandsgeschäft (Regulierung, Besteuerung etc.)
- 2 Sachsen als den europäischen Standort der Mikroelektronik weiterentwickeln
- 3 Leuchtturmprojekte mit globalen Wachstumspotentialtechnologieoffen etablieren
- 4 Sächsische Arbeitskräfte-Dependancen in Staaten mit Beschäftigungspotenzial errichten
- 5 „Showroom Saxony“, physisch und virtuell für internationale Investoren erschaffen

Sachsen ist ein rohstoffreiches Land. Die Rohstoffstrategie ist konsequent fortzuführen, damit die Erschließung und Verwertung von Rohstoffen wieder verstärkt möglich wird. Der Wirtschaftsrat wird die hierfür erforderliche sachliche Aufklärung und fachliche Kommunikation aktiv begleiten.

6 Energiepolitik reformieren

Wie kaum ein anderer Industriezweig steht die Energiewirtschaft als eine der zentralen Grundlagen aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Insbesondere ist das energiewirtschaftliche Dreieck von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz immer wieder auszubalancieren. Dies kann nur durch einen ganzheitlichen Ansatz im europäischen bzw. internationalen Kontext, unter Einbeziehung aller Sektoren (Energie, Wärme, Mobilität) und durch eine kluge und konsistente marktwirtschaftliche Steuerung gelingen.

Ideen und Konzepte sind gefragt, die Energieversorgung wieder bezahlbar und dauerhaft sicher zu gestalten. Der Wirtschaftsrat setzt sich dabei für technologie- und brennstoffoffene Lösungen ein. Unserer ordnungspolitischen Richtschnur gemäß fordern wir, dass sich auch die erneuerbaren Energien dem freien Markt und einem fairen Wettbewerb stellen; einseitige Privilegierungen sind zu beenden.

Der Wirtschaftsrat wird sich auch weiterhin intensiv mit Fragen des Ausbaus der Stromnetze, intelligenter Speichertechnologien, tragfähiger Wasserstoff- und Power-to-X-Ansätze (insb. Methan) sowie mit den konkreten Konsequenzen regulatorischer Vorgaben für den Wirtschaftsstandort Sachsen im Bereich der Energiegewinnung und Wärmeversorgung auseinandersetzen. Die Digitalisierung der Energiewirtschaft ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die effiziente Nutzung und Steuerung von Ressourcen; sie muss intensiv vorangetrieben und umgesetzt werden.

Deutschland belegt hinsichtlich der Höhe der Strompreise sowohl bei den Privat- als auch den Gewerbekunden weltweit Spitzenplätze. Dies zeigt: Was auf dem Spiel steht, ist nicht weniger als die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und des Mittelstands im Freistaat Sachsen und darüber hinaus in ganz Deutschland. Eine weitere Erhöhung der Strompreise ist unbedingt zu verhindern. Deutsche Alleingänge beim Klimaschutz entbehren jeder logischen Grundlage; nationale Steuern auf CO₂ lehnen wir ab. Vielmehr plädieren wir dafür, CO₂ als Ressource, u. a. zur Gewinnung synthetischer Kraftstoffe zu begreifen. Ein (Um-)denken in der Ressourcenfrage darf nicht zwangsläufig mit dem Verbot fossiler Brennstoffe verbunden werden. Ideologiegetriebene, nationale Ansätze lehnt der Wirtschaftsrat entschieden ab. Vielmehr sind marktwirtschaftliche Ansätze zu nutzen, um Ressourcenschonung und Energieeffizienz zu bewirken.

Fünf Positionen:

- 1 Etablierung eines Energieforschungsinstituts in Sachsen, welches Technologieoffenheit und Versorgungssicherheit (fossil, erneuerbar, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Kernfusion, Salze, Gase, neueste Kernspaltung etc.) für die künftige Energieversorgung Deutschlands in den Fokus nimmt und auf Sachkenntnis setzt
- 2 Schaffung eines wirksamen und marktwirtschaftlich orientierten, supranationalen bzw. globalen CO₂-Preissignals durch Abstimmung der europäischen und internationalen Instrumente unter Integration aller Sektoren (Ausweitung des EU-ETS)
- 3 Marktwirtschaftliche Flexibilisierung des Energiesystems durch signifikante Erhöhung der Anpassungsfähigkeit von Verbrauchern und Erzeugern; Befreiung des deutschen Strompreises und des Gaspreises von überflüssigen staatlichen Lasten (Steuern, Abgaben, Umlagen)
- 4 Sektorübergreifende Digitalisierung der Energiewirtschaft zur bedarfsgerechten Allokation von Ressourcen; Schaffung neuer und flexibler Geschäftsmodelle bei Erzeugung, Verteilung und Speicherung von Energie
- 5 keine Verbrennerverbote und Vorgaben, sondern technologieoffene, marktfähige Ansätze

7 Innovationen für den Mittelstand fördern und vermarkten

Ein exportabhängiges Land mit hohen Arbeits- und Sozialkosten ist insbesondere auf die Ressource „Wissen“ angewiesen. Vor diesem Hintergrund hat der Technologietransfer zwischen Forschungseinrichtungen und Wirtschaft eine herausgehobene Bedeutung – insbesondere der Transfer, der sich auf marktfähige Innovationen richtet. Da Sachsen mittelständisch geprägt ist, sind hier vor allem die Industrienahen Forschungseinrichtungen (IFE) im Fokus der Unterstützung durch den Freistaat zu behalten. Diese verfügen – dank der jahrelangen Anstrengungen seitens des Wirtschaftsrates – über einen eigenen Haushaltstitel für die Investitionsförderung. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser auch in Zukunft erhalten bleibt.

Gleichzeitig kommt es aber auch darauf an, dass Sachsen attraktiv für Spitzenforschung aus dem Ausland bleibt. Um Magnet für diese Forscher zu sein, müssen bereits erwähnte Systeme wie Wohnen, Arbeitsbedingungen, Zugang zu Kultur und Bildung, zu Gesundheitsversorgung sowie die infrastrukturellen und sozialen Faktoren stimmen.

Die Wirkungskette liegt klar vor Augen: Exzellente Bildung führt zu hochklassischer Forschung, die sich in neuen, innovativen Produkten und marktfähigen Start-ups niederschlägt. Diese technologieorientierte Wirkungskette zeichnet den Wirtschaftsstandort Sachsen, das Land der Erfinder und Ingenieure, aus. Auf diese Ressource muss der Freistaat setzen – das bewahrt den Markenkern, ist der Unique Selling Point (USP) und kann aus kleineren Einheiten größere Unternehmen sowie aus verlängerten Werkbänken das Headquarter werden lassen.

Die „kalten Lötstellen“ im Forschungstransfer sind unter Beteiligung von Unternehmern und Wissenschaftlern, gemeinsam zu beheben. Der Wirtschaftsrat wird hierzu seinen Beitrag leisten. Dabei muss der unterschiedliche Zeithorizont von Unternehmern, die zumeist kurzfristige Erfolge anstreben und von Forschungseinrichtungen, die oft langfristig orientiert sind, beachtet und angeglichen werden. Zudem sollen die personellen und finanziellen Dispositionen in den Forschungsinstitutionen auf einen besseren Forschungstransfer hin ausgerichtet und dieser insgesamt besser koordiniert werden. Die Förderbedingungen für Start-ups sind bis zum fertigen Produkt und nicht lediglich bis zum Prototyp auszulegen und für größere Projekte zu öffnen. Hier sind die Förderbedingungen (z. B. keine Nebeneinkünfte für Gründer, lange Bearbeitungszeit bei der SAB, strenge Anforderungen an Bilanzen und Mitarbeiterzahlen bei größeren Vorhaben) eindeutig zu streng und hinderlich. Die Lockerung der Innovationsförderung für Gründer (wobei die Gesamtbewertung weiter unter Bewertung des Risikos sowie der Marktchancen geschehen muss) würde den Marktzugang, eine frühzeitige Innovationsanwendung und damit einen konkret generierten Mehrwert für Kooperationspartner aus der Wirtschaft mit sich bringen. Insgesamt sind die Anträge auf Innovationsförderungen sehr kosten- und zeitaufwendig und müssen verschlankt werden.

Fünf Positionen:

- 1 Anträge auf Innovationsförderungen vereinfachen und die Bedingungen, insbesondere für Start-ups lockern, da diese zu kosten- und zu zeitaufwendig sind
- 2 Wagniskapitalgeber durch attraktive Lebensbedingungen und durch stärker zu promotende Marktchancen in den Freistaat holen; „hohe individuelle Lebensqualität“ betonen
- 3 Beibehaltung und angemessene jährliche Steigerung des festen Haushaltstitels für die Investitionsförderung von Industrienahen Forschungseinrichtungen (IFE) in Sachsen
- 4 Strategische Ausrichtung der Industriepolitik Sachsens auf das Etablieren sächsischer Unternehmenszentralen sowie auf die Gewinnung von ausländischen Spitzenforschern
- 5 Verbesserung des Forschungstransfers in die Wirtschaft

8 Bildung an der Zukunft ausrichten

Das dreigliedrige Schulsystem im Freistaat Sachsen (bestehend aus Grundschule, Oberschule und Gymnasium) hat sich bewährt, was die guten Resultate verschiedener Bildungsrankings zeigen. Die verstärkte Rekrutierung von Seiteneinsteigern und die nun auch in Sachsen angebotene Verbeamtung von Lehrern waren Schritte, um den Lehrermangel einzudämmen. Das ist aber kein Grund, sich auszuruhen. Das Bildungssystem muss schnell auf die technologischen Trends reagieren können.

Denn die Erfahrungen unserer Mitglieder zeigen auch, dass Sachsen, Deutschland insgesamt, derzeit von anderen Ländern, vor allem in Ostasien, in der naturwissenschaftlichen Bildung überholt wird. Bei vielen Berufseinsteigern ist der Mangel an einer gewissen Reife sowie das Verständnis für Zusammenhänge, bis hin zum Fehlen von Grundkenntnissen in Mathematik und Deutsch, festzustellen. In der Schule sollte künftig u. a. auch vermittelt werden, worauf man bei einem Mietvertrag bzw. bei diversen Finanzierungs- und Versicherungsmodellen achten muss. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen auf die Realität und wirtschaftliche Zusammenhänge vorbereitet werden. Komplexe Herausforderungen, wie z. B. Fragen des Welthandels, der Ressourcen- und Klimapolitik oder von Mobilität setzen spezifische Kenntnisse voraus. Schule muss daher neu – eher projektbezogen und fachübergreifend sowie auf „W-MINT“-ausgerichtet (das „W“ steht für Wirtschaft) – gedacht und verstanden werden. Die freien Bildungsträger, aber auch die Berufsakademie Sachsen, leisten einen großen und wichtigen Beitrag zur unternehmerischen Praxistauglichkeit. Auch künftig unterstützt der Wirtschaftsrat die Berufsakademie Sachsen auf ihrem Weg zur Dualen Hochschule.

Mit Sorge sehen wir, dass die Anzahl der Studien- und Ausbildungsbeginner in den MINT-Fächern und -Berufen seit Jahren, auch in der akademischen Lehrerausbildung, rückläufig ist. Der Bedarf an MINT-Fachkräften für die sächsische Wirtschaft und Wissenschaft kann schon heute nicht mehr vollständig gedeckt werden, was die Basis der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens absehbar gefährdet. Ursache für diese Entwicklung sind neben dem generellen Wandel gesellschaftlicher Werte auch die teilweise wenig attraktive Darstellung und Vermittlung von naturwissenschaftlichen und unternehmerischen Themen in den Medien sowie in Kitas und Schulen.

Es gilt das momentane Ungleichgewicht zwischen Hochschulbildung und beruflicher Bildung auszugleichen und die Attraktivität der beruflichen Bildung sowie die des Handwerks auch in der Öffentlichkeit stärker hervorzuheben.

Um dieser gesellschaftlich problematischen Entwicklung entgegenzuwirken, hat der Wirtschaftsrat Vorschläge erarbeitet, die im Elternhaus, im Unterricht, bei der Lehrerweiterbildung, in der stärkeren Vernetzung sowie in der Medienlandschaft ansetzen.

Fünf Positionen:

- 1 Schnelle und flexible Anpassung von Lehrinhalten an Zukunftstechnologien; das oft noch negativ besetzte Unternehmerbild durch Vorbilder korrigieren
- 2 Stärkere „W-MINT“-Orientierung; Fokus auf wirtschaftliches Alltagswissen, Megatrends und bessere Medienkompetenz in der Schulbildung; Befreiung der Lehrpläne von Ballast (W-MINT steht hier für Wirtschaft, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik)
- 3 Etablierung von Lehrerpersönlichkeiten als Respektpersonen bei gleichzeitiger Stärkung der Rechtspositionen von Lehrern gegenüber Schülern und Eltern unter Einbeziehung der Schüler- und Elternbeiräte
- 4 Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung und positive Positionierung von Oberschulen und Berufsakademien (Duale Hochschule Sachsen)
- 5 Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung und des Handwerks

Zusammenfassung der Positionen

Die dargestellten 8 Punkte sollen einen Beitrag dazu leisten, die im Vorwort angesprochene Strategie umzusetzen. Im Folgenden sind die Punkte nochmals tabellarisch zusammengefasst:

1. Fachkräftebasis stärken

- 1 Arbeit und Leistung müssen sich wieder stärker lohnen (Fehlanreize, wie beim Bürgergeld korrigieren, kein Geld vom Steuerzahler ohne Gegenleistung durch Arbeitsfähige, mehr Netto vom Brutto)
- 2 Anreize für den Verbleib Älterer in der Arbeitswelt schaffen (Eintritt ins Rentenalter, Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer durch flexiblere Arbeitszeiten verbessern)
- 3 Arbeitsvolumen erhöhen durch Ausnutzung bestehender Potenziale, Verhinderung der Abwanderung von Fachkräften sowie effektive Fach- und Arbeitskräftezuwanderung sicherstellen
- 4 Erwerbsanreize für Familien, Frauen und ältere Arbeitnehmer setzen
- 5 Der Konkurrenz von Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst entgegenwirken

2. Industrieland Sachsen sichern

- 1 Industrielle, technische Kernkompetenzen Sachsens wahren und weiterentwickeln
- 2 Innovationstransfer zwischen Unternehmen und Hochschulen durch die Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle und dezentraler Präsenzstellen von Hochschulen im ländlichen Raum befördern (futureSAX mit Fokus „Marktfähigkeit“ ausbauen)
- 3 Anstieg von Energiekosten auf Bundesebene verhindern (keine weitere Erhöhung staatlicher Preistreiber auf Kraftstoffe, EEG grundlegend novellieren)
- 4 Strukturwandel (Braunkohle, Digitalisierung) chancenorientiert in Bezug auf neue Geschäftsmodelle ausrichten, ggf. „Sonderwirtschaftszone“ insbesondere zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in der Lausitz etablieren, Infrastrukturausbau)
- 5 Erhaltung der Zulieferindustrie durch Neujustierung der „Mobilitätswende“ zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieses für Sachsen wichtigen industriellen Wirtschaftssegments

3. Lebenswerte Umwelt erhalten

- 1 „Erst erwirtschaften, dann verteilen“ – Kein Vorrang für „Klimaziele“, aber für wichtige Infrastrukturprojekte mit stark verkürzten Genehmigungsverfahren – generell mehr Freiheit!
- 2 Energiepolitik überdenken, Angebot an Energie ausweiten, damit die Preise fallen

- 3 Priorisierung von Infrastrukturprojekten zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Sachsen aufgrund veränderter geopolitischer Rahmenbedingungen
- 4 Unterstützungsangebote für die Gastronomie und lokale Vereine (Sportvereine, Schützenvereine, Heimatvereine etc.) als Einrichtungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts schaffen
- 5 Steuerlast für Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Unternehmenssteuern: 25%) reduzieren

4. (Digitale) Infrastruktur befördern

- 1 Beförderung der physischen und digitalen Infrastruktur als „Lebensadern“ der Gesellschaft
- 2 Ausbau aller Verkehrswege Sachsens und nicht deren Verhinderung
- 3 Fortführung des Digitalpakts Schule ab 2025
- 4 Vertrauen in Cloud Computing durch gezielte Aufklärung stärken
- 5 Positiven Einfluss der IT auf die Produktivität darstellen und vermitteln

5. Internationale Zusammenarbeit verstetigen

- 1 Zielführende Wirtschaftsförderung zur Weiterentwicklung internationaler Beziehungen (insbesondere zu Polen und Tschechien), Verbesserung der Kenntnisse von KMU im Auslandsgeschäft (Regulierung, Besteuerung etc.)
- 2 Sachsen als den europäischen Standort der Mikroelektronik weiterentwickeln
- 3 Leuchtturmprojekte mit globalen Wachstumspotential technologieoffen etablieren
- 4 Sächsische Arbeitskräfte-Dependancen in Staaten mit Beschäftigungspotenzial errichten
- 5 „Showroom Saxony“, physisch und virtuell für internationale Investoren erschaffen

6. Energiepolitik reformieren

- 1 Etablierung eines Energieforschungsinstituts in Sachsen, welches Technologieoffenheit und Versorgungssicherheit (fossil, erneuerbar, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Kernfusion, Salze, Gase, neueste Kernspaltung etc.) für die künftige Energieversorgung Deutschlands in den Fokus nimmt und auf Sachkenntnis anstatt Panikmache setzt
- 2 Schaffung eines wirksamen und marktwirtschaftlich orientierten, supranationalen bzw. globalen CO₂-Preissignals durch Abstimmung der europäischen und internationalen Instrumente unter Integration aller Sektoren (Ausweitung des EU-ETS)



- 3 Marktwirtschaftliche Flexibilisierung des Energiesystems durch signifikante Erhöhung der Anpassungsfähigkeit von Verbrauchern und Erzeugern; Befreiung des deutschen Strompreises und des Gaspreises von überflüssigen staatlichen Lasten (Steuern, Abgaben & Umlagen)
- 4 Sektorübergreifende Digitalisierung der Energiewirtschaft zur bedarfsgerechten Allokation von Ressourcen; Schaffung von neuen und flexiblen Geschäftsmodellen bei der Erzeugung, Verteilung und Speicherung von Energie
- 5 keine Verbrennerverbote und Vorgaben, sondern technologieoffene, marktfähige Ansätze

7. Innovationen für den Mittelstand fördern und vermarkten

- 1 Anträge auf Innovationsförderungen vereinfachen und die Bedingungen, insbesondere für Start-ups lockern, da diese zu kosten- und zu zeitaufwendig sind
- 2 Wagniskapitalgeber durch attraktive Lebensbedingungen und durch stärker zu promotende Marktchancen in den Freistaat holen; „hohe individuelle Lebensqualität“ betonen
- 3 Beibehaltung und angemessene jährliche Steigerung des festen Haushaltstitels für die Investitionsförderung von Industrienahen Forschungseinrichtungen (IFE) in Sachsen
- 4 Strategische Ausrichtung der Industriepolitik Sachsens auf das Etablieren sächsischer Unternehmenszentralen sowie auf die Gewinnung von ausländischen Spitzenforschern
- 5 Verbesserung des Forschungstransfers in die Wirtschaft

8. Bildung an der Zukunft ausrichten

- 1 Schnelle und flexible Anpassung von Lehrinhalten an Zukunftstechnologien; das oft noch negativ besetzte Unternehmerbild durch Vorbilder korrigieren
- 2 Stärkere „W-MINT“-Orientierung; Fokus auf wirtschaftliches Alltagswissen, Megatrends und bessere Medienkompetenz in der Schulbildung; Befreiung der Lehrpläne von Ballast (W-MINT steht hier für Wirtschaft, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik)
- 3 Etablierung von Lehrerpersönlichkeiten als Respektspersonen bei gleichzeitiger Stärkung der Rechtspositionen von Lehrern gegenüber Schülern u. Eltern unter Einbeziehung der Schüler- u. Elternbeiräte
- 4 Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung und positive Positionierung von Oberschulen und Berufsakademien (Duale Hochschule Sachsen)
- 5 Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung und des Handwerks



Impressum

Erarbeitet:	Erweiterter Landesvorstand des Landesverbandes Sachsen
Verantwortlich:	Dr. Dino Uhle, Landesgeschäftsführer E-Mail: d.uhle@wirtschaftsrat.de
Herstellung:	Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com verantwortlich: Dirk Kohl
Bildnachweis:	Seite 2: Oliver Killig Rest: Weltbuch Verlag, Dirk Kohl
Erscheinung:	22. Mai 2024



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Sachsen
Nicolaistraße 28 | 01307 Dresden
TELEFON 0351 . 8026330
TELEFAX 0351 . 8026335
INTERNET www.wirtschaftsrat.de
E-MAIL lv-sachsen@wirtschaftsrat.de

